

Wegfall der Straßenausbaubeiträge als Wahlkampfthema

Durch Signale aus Bayern und Hessen fühlt sich die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben in Thüringen bestärkt. „Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft“, sagt deren Vorsitzender Wolfgang Kleindienst.

10. März 2018 / 04:44 Uhr



Straßenausbaubeiträge sind ein brisantes Thema in Thüringen. Symbolfoto: Susann Grunert

Erfurt. Die Straßenausbaubeiträge sind seit Jahren ein Aufreger in Thüringen. Im vergangenen Mai ist die rot-rot-grüne Landesregierung mit dem vom Landtag verabschiedeten neuen Kommunalabgabengesetz einen ersten Schritt auf ihre Kritiker zugegangen. Seitdem gilt: Kommunen, die finanziell entsprechend leistungsfähig sind und drei Jahre zuvor keine besonderen Zuweisungen vom Land erhalten haben, können ab 2019 auf Beiträge verzichten.

Doch nun könnte erneut Bewegung in die Angelegenheit kommen. Der Auslöser: Nach Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg will auch Bayern die Straßenausbaubeiträge abschaffen. In Hessen gibt es ebenfalls erste Anzeichen in die Richtung.

Diesen Rückenwind will sich auch die Bürgerallianz (BA) gegen überhöhte Kommunalabgaben in Thüringen zu Nutze machen. „Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft“, sagt deren Vorsitzender Wolfgang Kleindienst im Gespräch mit dieser Zeitung. Genau das habe die BA jetzt auch in einem offenen Brief an Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) gefordert. Bei geplanten Einnahmen von 10,7 Milliarden Euro im diesjährigen Landeshaushalt müsse es möglich sein, die Kosten für Straßenausbau und Nebeneinrichtungen nicht länger auf seine Bürger abzuwälzen, argumentiert Kleindienst.

Nicht abschätzbare finanzielle Auswirkungen

Im Haus von Innenminister Georg Maier (SPD) verweist sein Sprecher indes auf das erst wenige Monate alte Gesetz und die damit verbundenen Prüfungen: „Aufgrund der finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden und das Land – so beispielsweise den Wegfall eines wichtigen Finanzierungsinstruments, die mögliche Verschiebung von Straßenausbaumaßnahme und nicht abschätzbare finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt – habe man von der Beitragsabschaffung

Abstand genommen. Auch in Bayern sei die Frage der Kompensation offenbar noch nicht geklärt.

Der Linke-Landtagsabgeordnete Frank Kuschel hat sich stets für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge eingesetzt und hat den von den Sozialdemokraten forcierten Kompromiss zähneknirschend mitgetragen. Etwa 15 Millionen Euro, hat er kalkuliert, müsste das Land an die Kommunen überweisen, wenn es die Kosten für die Beiträge übernehme. „Wir sind vertragstreu, deshalb sei das Thema für diese Legislaturperiode vom Tisch“, sagt Kuschel. „Aber es gibt auch eine Zeit danach.“

Mit Blick auf das kommende Jahr dürfte sich die Brisanz des Themas weiter erhöhen: Die Bürgerallianz als Sprachrohr Tausender Grundstückseigentümer will Wahlempfehlungen aussprechen. „Parteien, die sich glaubhaft für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge aussprechen und einsetzen“, sagt Kleindienst, „werden zu den Gewinnern der Landtagswahlen 2019 zählen. Davon sind wir überzeugt.“

Elmar Otto / 10.03.18